

SPD: Sinemus soll Stellen einsparen

Anträge zum Haushalt 2020/Fast 200 Millionen Euro Mehrausgaben für die Kinderbetreuung

WIESBADEN (chs). Das neu geschaffene Digitalministerium soll nach dem Willen der SPD im laufenden Jahr kräftig Federn lassen. Mit Änderungsanträgen zum Haushalt 2020 schlägt die Fraktion vor, 33 von 108 Stellen zu streichen (Einsparung: 2,3 Millionen Euro) und die Kosten für das unlängst angemietete Wiesbadener Palais um 1,2 Millionen Euro zu kürzen. Der Quadratmeterpreis von 24 Euro sei absurd hoch, sagte der Haushaltspolitiker Maris Weiß am Dienstag bei der Vorstellung der Anträge, die sich auf Mehrausgaben von etwa 450 Millionen Euro summieren. Zur Gegenfinanzierung schlagen die Sozialdemokraten unter anderem eine globale Minderausgabe von 300 Millionen Euro vor. Zudem könne ohne Weiteres ein Plus von 100 Millionen Euro an Steuereinnahmen einkalkuliert werden. Zusätzlich 44 Millionen Euro soll die Einführung einer Wasserabgabe für Industrieunternehmen einbringen.

Da der Mietvertrag für das neue Domizil von Digitalministerin Kristina Sinemus bereits unterzeichnet ist, schlug Weiß vor, vom Vertrag für einzelne Etagen zurückzutreten oder Untermieter zu suchen. Er kündigte an, das Thema über die Haushaltsberatungen hinaus im Landtag zu thematisieren. Außerdem werde sich nach seiner Einschätzung der Landesrechnungshof mit den überhöhten Mietkosten befassen.

Mehrausgaben in erheblichem Umfang fordert die SPD für die Kinderbetreuung. Für das letzte Krippenjahr (bis drei Jahre) sollten die Elternbeiträge komplett abgeschafft werden, sagte Fraktionschefin Nancy Faeser. Das würde den

Haushalt mit 36 Millionen Euro belasten. Zur Entlastung der Kommunen von den Betriebskosten der Kitas will die SPD 160 Millionen Euro Landesmittel in die Hand nehmen.

Mit insgesamt 60 Millionen Euro soll ein Ausgleich für Kommunen geschaffen werden, die auf Straßenbeiträge der Anwohner bei der Sanierung örtlicher Straßen verzichten. Mit Mehrausgaben von 47 Millionen Euro soll laut Faeser der Wohnungsbau angekurbelt werden. 36 Millionen Euro davon sollten in die direkte Förderung anstatt in Zinsverbilligungsprogramme fließen.

26 neue Stellen für die Lebensmittelüberwachung

Eine Million Euro ist nach den Vorkommnissen beim Würstfabrikanten Wilke für die Verbesserung der Lebensmittelüberwachung vorgesehen. Damit will die SPD laut Weiß in den fünf kreisfreien Städten und 21 Landkreisen jeweils eine zusätzliche Stelle schaffen.

Faeser erneuerte die Forderung nach einer besseren Bezahlung der Grundschullehrer (Besoldungsstufe A 13 statt A 12). Als Einstieg sollten dafür im Haushalt 29 Millionen Euro veranschlagt werden. Die Besoldung aller Grundschullehrer in der höheren Stufe würde nach Zahlen des Kultusministeriums etwa 70 Millionen Euro pro Jahr kosten.

Die Grünen merkten an, dass die SPD lediglich 0,1 Promille der Ausgabenansätze im Haushaltsentwurf des Finanzministers streichen wolle. „Für diese umfassende Unterstützung der Regierungsarbeit können wir uns nur herzlich bedanken“, sagte der Abgeordnete Frank Kaufmann.



Hessens Justiz leidet unter mangelhafter Ausstattung und starren Regeln.

Foto: dpa

Ist die Justiz noch zeitgemäß?

Es gibt zwar mehr Richter, dennoch dauern an manchen Gerichten die Verfahren länger

Von Christoph Cuntz

WIESBADEN. Auf den ersten Blick scheint der Fall Bilal G. wie kein anderer für das Elend der Justiz-Mühlen zu stehen. Vor gut einem Jahr wegen Beihilfe zur Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat vom Landgericht Frankfurt zu drei Jahren und sechs Monaten verurteilt, ist einer der führenden Salafisten Deutschlands wieder auf freiem Fuß. Denn das Protokoll, das maßgeblich ist für den Fortgang des Revisionsverfahrens, war nicht rechtzeitig fertig geworden. Und so urteilte das Oberlandesgericht Frankfurt, das Landgericht habe das Verfahren nicht mit der gebotenen Beschleunigung gefördert, und hob den Haftbefehl gegen den 31-Jährigen auf.

Auf den zweiten Blick ist der Fall Bilal G. ein extremer Einzelfall. 2018 etwa hatte es in Hessen in nur 17 Fällen Entschädigungszahlungen wegen überlanger Dauer gegeben – bei mehr als einer Million Gerichtsprozessen.

Tatsächlich zeigt das Justizaufbauprogramm der schwarz-grünen Landesregierung Wirkung. Zwar nur ein wenig, aber immerhin. Die durchschnittliche Dauer von Straf-

verfahren vor den Landgerichten war von zehn Monaten in 2018 auf 8,8 Monate in den ersten neun Monate gesunken, so die Antwort von Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) auf Fragen der FDP. Ein erster Lichtblick am Horizont.

„Die Prozessordnungen sind starr und veraltet.“

Christine Schröder, Richterbund

Allerdings vergehen vor Hessens Amtsgerichten unverändert fünfeinhalb Monate, bis ein Strafverfahren entschieden ist. Beim Amtsgericht Bad Schwalbach (Rheingau-Taunus) ist die durchschnittliche Dauer sogar von 10,3 Monaten auf 13,6 Monate hochgeschwollen. Zwar hat es dort 2018 eine halbe Richterstelle mehr gegeben: Nunmehr arbeiten sieben Richter in Bad Schwalbach. Doch macht Amtsgerichtsdirektor Mathias Gäfgen geltend, dass es Ausfälle durch Krankheit und Mutterschutz gegeben hat. Und: Familienverfahren, die dort in größerer Zahl entschieden werden, würden immer komplizierter. „Es wird härter gekämpft“ sagt Gäfgen.

Trotz eines Justizaufbauprogramms sind auch an den Verwaltungsgerichten die Verfahrensdauern erheblich gestiegen: von durchschnittlich 12,4 Monaten in 2018 auf 16,8 Monate in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres. Besonders lange musste am Verwaltungsgericht Wiesbaden auf eine Entscheidung gewartet werden: im Schnitt 19,4 Monate, obwohl neuerdings alle Stellen der sieben Kammern besetzt sind.

Es ist noch nicht lange her, da waren insgesamt sieben Stellen unbesetzt, sagt Gerichtssprecherin Patricia Evers. Heute gibt es sogar zwei Richter mehr, als Planstellen vorhanden sind. Die seien nötig, um Abordnungen, Krankheiten und Mutterschutz auszugleichen. Warum die Fälle trotzdem nicht schneller bearbeitet werden? Weil es noch jede Menge Asylverfahren gibt, die noch abgearbeitet werden müssen, sagt die Gerichtssprecherin. Manche stammen aus 2017, andere sind sogar noch älter. Und der Berg dieser Verfahren lastet immer schwerer auf der Statistik, je älter sie werden.

Trotz des Aufbauprogramms der Landesregierung beklagt der Richterbund Hessen die

„mangelhafte personelle und materielle Ausstattung der Justiz“. Christine Schröder, Sprecherin des Richterbundes, nennt „starre und veraltete Verfahrensordnungen“ als weitere Ursachen für lange Gerichtsprozesse. Die seien „nicht auf die aktuellen Herausforderungen zugeschnitten“. Es sei kaum möglich, mit den Mitteln der Zivilprozessordnung Massenverfahren wie Klagen im Zusammenhang mit der Abgasaffäre und Fluggast-sachen gerecht zu werden. Prozesse würden aber auch zunehmend komplexer: Es gebe vermehrt internationale Bezüge und wachsende Datenmengen zu sichten.

Bis 2030 gehen 40 Prozent in den Ruhestand

In Hessen fehlen 300 Staatsanwälte und Richter, sagt der Richterbund. Dem Stellenabbau in der Justiz sei von der Landesregierung „ein hoffentlich dauerhaftes Ende bereitet worden“. Bis 2030 würden allerdings 40 Prozent aller aktiven Kollegen in den Ruhestand treten. Und die Zahl der Jura-Studenten sinke, während gleichzeitig der Wettbewerb um qualifizierte Juristen wachse.

Blitzerskandal: Urteil bestätigt

KASSEL/FRANKFURT (dpa). Blanko unterzeichnete Messprotokolle für Tempomessungen dürfen nicht von privaten Firmen ausgefüllt und dann als Grundlage für Verwarngelder genutzt werden. Das geht aus einer am Dienstag veröffentlichten Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt (OLG) hervor. Überlasse ein Behördenmitarbeiter solche Protokolle unterschrieben einem privaten Dienstleister, der diese vervielfältigt und mit den Daten von Verkehrssündern ausfüllt, stelle das eine Falschbeurkundung im Amt dar. Die Frankfurter Richter bestätigten damit das Urteil im Kasseler Blitzerskandal. 2012 hatte die Stadt Kassel beschlossen, stationäre Tempomessungen einzurichten. Sie beauftragte ein Unternehmen. Weil die Messungen eine hoheitliche Aufgabe sind, hätten Mitarbeiter der Stadt die Funktion der Blitzer überwachen und Messprotokolle abzeichnen müssen. Um das zu vereinfachen, hatte ein Sachgebietsleiter der Firma unterschriebene Blankomessprotokolle zur Verfügung gestellt. Auf deren Basis wurden Tausende von Bußgeldverfahren gegen Autofahrer eingeleitet – ohne Beweisgrundlage wie Gerichte später entschieden.

Baby zu Tode geschüttelt

MARBURG (dpa). Das Landgericht Marburg hat einen Jugendlichen zu mehreren Jahren Haft verurteilt, weil er ein Baby zu Tode geschüttelt haben soll. Die Richter sprachen ihn wegen Körperverletzung mit Todesfolge schuldig und verhängten eine Jugendstrafe von vier Jahren, wie ein Gerichtssprecher am Dienstag mitteilte. Der damals 17-Jährige hatte demnach Anfang 2019 in Marburg dem Kind seiner Freundin die tödlichen Verletzungen zugefügt. Der Angeklagte hatte zur Überzeugung des Gerichts das schreiende Baby genommen, vor sich gehalten und 10 bis 15 Mal geschüttelt. Dadurch habe der Säugling Hirnverletzungen erlitten, die schließlich zum Tode führten.

AfD will Vizepräsident

WIESBADEN (dpa). Die AfD-Fraktion unternimmt einen neuen Versuch, einen Posten als Landtagsvizepräsident im hessischen Parlament zu besetzen. Der Abgeordnete Dirk Gaw wurde einstimmig als Kandidat vorgeschlagen, wie die Fraktion am Dienstag in Wiesbaden mitteilte. Mit dem erstmaligen Einzug der AfD hatte der Landtag beschlossen, die Zahl der Vizepräsidentenposten von fünf auf sechs zu erhöhen. Der sechste Stellvertreterposten ist seit der konstituierenden Sitzung des Landtags aber unbesetzt.



62 250 Euro Miete für 2600 Quadratmeter zahlt das Land im Wiesbadener Palais. Zu viel, urteilt die SPD. Foto: Lukas Görlach

750 neue Lehrerstellen, mehr Plätze für den Nachwuchs

Personalkosten im hessischen Kultusministerium steigen um 49 Millionen Euro/Zusätzliche Deutschstunde in den Grundschulen

Von Christian Stang

WIESBADEN. Die hessische Landesregierung schafft an den knapp 2000 Schulen des Landes im laufenden Haushaltsjahr 750 neue Lehrerstellen sowie weitere 150 Stellen im Vorbereitungsdienst, dem Referendariat nach dem ersten Staatsexamen. Die Kosten bezifferte Kultusminister Alexander Lorz (CDU) bei der Vorstellung seines Haushalts am Dienstag in Wiesbaden auf knapp 49 Millionen Euro. Der Etat des Kultusministeriums steigt damit auf den Rekordwert von 4,2 Milliarden Euro.

180 zusätzliche Stellen gibt es zur Förderung der Bildungssprache Deutsch. Zum kommenden Schuljahr soll zunächst in den vierten Klassen der hessischen Grundschulen

eine zusätzliche Stunde Deutsch erteilt werden. Dafür sind 100 Stellen eingeplant. Zug um Zug solle dieses Angebot auf die Jahrgangsstufen darunter ausgeweitet werden, erläuterte Lorz. 30 Stellen sind für einen zweiten Berufsschultag in den Berufsschulen, weitere zum Ausbau der Deutsch-Förderkurse vorgesehen. „Das Beherrschen der deutschen Sprache ist die wesentliche Voraussetzung für Bildungsgerechtigkeit und den Schulerfolg“, sagte Lorz.

Die Zahl der Referendariatsplätze im Land steigt um 100 auf 5150. Dazu kommen 50 weitere Stellen für Ausbilder. Damit gebe es künftig im Vorbereitungsdienst ausreichend Kapazitäten für alle Absolventen des ersten Staatsexamens, so der Minister.

Neu eingestellt werden in diesem Jahr 140 Sozialpädagogen, die den Lehrern in multiprofessionellen Teams zur Seite stehen. Seit 2018 gibt es an etwa 1300 Schulen bereits 700 sozialpädagogische Fachkräfte.

Zur Umsetzung des Programms „Digitale Schule“ werden 34 neue Stellen geschaffen, acht Millionen Euro sind für Sachkosten veranschlagt. Damit werden nach Angaben von Lorz die digitalen Kompetenzen der Schüler und Lehrer gestärkt, das Schulportal weiter ausgebaut und erstmals für alle Lehrer eine dienstliche E-Mail-Adresse eingerichtet.

Der Kultusminister zeigte sich zuversichtlich, einen Großteil der neuen Stellen auch besetzen zu können. Allerdings könne dies in den



Kultusminister Alexander Lorz verfügt über einen Rekordhaushalt von 4,2 Milliarden Euro. Foto: Kultusministerium

Grundschulen und bei den Sozialpädagogen mangels personellen Angebots etwas dauern. Weitere Schwerpunkte sind 230 neue Stellen für die Nach-

mittagsbetreuung, 159 Stellen zur allgemeinen Unterrichtsabdeckung und 40 zusätzliche Förderpädagogen für die Inklusion. Außerdem erhalten die Kommunen als Schulträger im laufenden Haushaltsjahr fünf Millionen Euro, um Verwaltungskräfte zur Entlastung der Schulleitungen einstellen zu können.

Zahl befristeter Stellen steigt zwangsläufig

Zur steigenden Zahl befristeter Lehrerstellen sagte Lorz, dies betreffe vor allem Vertretungsfälle etwa bei längerer Krankheit oder Mutterschutz. Es sei zwangsläufig, dass der Vertretungsbedarf im Gleichlauf mit der Zahl unbefristeter Stellen ansteige. Knapp 5500 Lehrer in Hessen sind befristet

angestellt, das ist jeder zehnte. Von 2016 bis 2018 ist ihre Zahl um etwa 600 gestiegen. Das geht aus der Antwort des Ministers auf eine Anfrage der SPD hervor. Am stärksten sind Grundschulen mit mehr als 1600 befristeten Stellen betroffen.

Immer mehr befristete Arbeitsverhältnisse seien sozialpolitisch grundfalsch und ein Armutszeugnis für Schwarz-Grün, sagte der SPD-Bildungspolitiker Christoph Degen. Er vermutet, dass die betroffenen Lehrer nicht über eine ausreichende Qualifikation verfügen. Menschen mit auf fünf Jahre befristeten Kettenverträgen zu beschäftigen, sie nicht weiter zu qualifizieren und dann „die nächsten Laienlehrer von der Straße zu holen“, sei nicht in Ordnung.

REDAKTION HESSEN

Sekretariat Wiesbaden:	
Lali Ruske	
Telefon:	0611-355-5329
Fax:	-3377
E-Mail:	hessen@vrm.de
Sekretariat Darmstadt:	
Telefon:	06151-387-2727
Fax:	06151-387-2730
Sekretariat Wetzlar:	
Telefon:	06 441 - 95 95 95
Fax:	06 441 - 95 92 92
E-Mail:	redaktion-wnz@vrm.de
Redaktion:	
Christoph Cuntz (cc)	0611-355-5365
Rainer Schlender (rfs)	-5675
Karl Schlieker (kas)	-5422
Christian Stang (chs)	-5323